

PRESSEMITTEILUNG

Wirtschaftsrat Rheinland-Pfalz fordert klare Öffnungsstrategie für Schulen

Landesvorsitzender Gotthardt: Schulen in Regionen mit Inzidenz unter 50 öffnen, Maskenpflicht und regelmäßige Tests für Lehrer und Schüler

Mainz, 12.02.2021. Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. fordert bundesweit einheitliche und klare Standards dafür, wann Schulen in den Bundesländern öffnen dürfen. „Für das Wohl unserer Kinder müssen die Schulen so schnell wie möglich und als erstes öffnen“, sagt Landesvorsitzender Frank Gotthardt. „Schon jetzt wäre regelmäßiger Unterricht für Grundschüler wichtig, denn sie brauchen dringend soziale Kontakte. Für höhere Jahrgänge und Abschlussklassen wäre etwa Wechselunterricht in festen Gruppen denkbar. In Regionen mit Inzidenzzahlen unterhalb von 50 dürfen Schulöffnungen nicht weiter herausgezögert werden – Eltern und Wirtschaft sind dringend auf Planungssicherheit angewiesen, Kinder brauchen den Unterricht.“

Um das Risiko von Infektionen in den Schulen möglichst gering zu halten, empfiehlt der Wirtschaftsrat Rheinland-Pfalz regelmäßige Tests für Schüler und Lehrkräfte – idealerweise täglich, wenigstens aber einmal wöchentlich. „Eine Maskenpflicht für Lehrer und Schüler im Unterricht und auf dem Schulgelände schafft zusätzliche Sicherheit“, ist Gotthardt überzeugt. „Lehrer müssen zudem schneller geimpft werden als bisher geplant, denn ihre Tätigkeit ist für unsere Gesellschaft systemrelevant.“

Gleichzeitig müssen sich die Schulen nach Ansicht des Wirtschaftsrates Rheinland-Pfalz aber auch besser auf digitalen Unterricht einstellen. „Digitale Bildung ist keine Eintagsfliege“, mahnt Gotthardt. „Das Thema muss auch nach der sukzessiven Schulöffnung weiterhin oberste Priorität haben“. Der Wirtschaftsrat Rheinland-Pfalz empfiehlt deshalb, digitale Bildung zum Schwerpunkt der Kultusministerkonferenz zu machen und einen Chief Digital Officer für die Koordinierung zwischen den Ländern einzusetzen. "Das Recht auf Bildung gilt auch im digitalen Raum“, sagt Gotthardt. „Daher müssen alle Schulen bei der Digitalisierung unterstützt werden, damit nicht nur vereinzelt Musterschulen existieren. Ohne schlüssiges Gesamtkonzept wird die Digitalisierung der Schulen nicht funktionieren. Und Geld allein löst das Problem nicht, wie die schleppende Ausschüttung der Mittel aus dem Digitalpakt Schule deutlich zeigt.“

Der Wirtschaftsrat Rheinland-Pfalz fordert deshalb, dass die Mittel aus dem Digitalpakt auch für Beratungsleistungen unabhängiger Dienstleister eingesetzt werden dürfen, um die Digitalisierungsstrategie anhand eines Konzepts und nicht auf Basis von festgelegten Produkten zu entwickeln.

Kontakt:

Joachim Prümm
Landesgeschäftsführer
Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Landesverbände Rheinland-Pfalz und Saarland

Telefon: 0 61 31- 23 45 37
Telefax: 0 61 31- 23 45 48
lgs-mz@wirtschaftsrat.de